

Die Energiekosten müssen sinken

Vogel-Strauß-Politik

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

NAEB 2204 am 15. Februar 2022

Die Weltmarktpreise für Kohle, Erdöl und Erdgas sind massiv gestiegen. Welche Möglichkeiten hat die BRD, die Energiekosten bezahlbar zu halten?

Der niedersächsische Landesminister für Umwelt, Bauen, Energie und Klima, Olaf Lies, hat in einem Interview für die Nordwest-Zeitung und ihren angeschlossenen Lokalblättern bestritten, dass die Energiewende der BRD mit ihren Abgaben auf CO₂-Emissionen der Auslöser für die starken Preissteigerungen für Strom und Erdgas sei. Das ist sicher richtig, denn die Preissteigerungen fanden auf dem Weltmarkt statt, wo die Nachfrage größer ist als das Angebot.

CO₂-Zertifikate

Doch die BRD hat, statt gegenzusteuern, diese Preissteigerung mit der neuen CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe, die in 2021 eingeführt wurde und laut Gesetz jährlich steigt, noch weiter angeheizt. Treibstoffe verteuerten sich dadurch für den Endabnehmer um etwa 10 Cent/Liter und Erdgas um 10 Prozent. Die CO₂-Zertifikate für Kraftwerke stiegen durch politisch gewollte Verknappung und gleichzeitig steigenden Strombedarf in den letzten Jahren kräftig. Kostete die Tonne CO₂-Emissionen in 2020 5 Euro, so sind in 2022 bereits 70 Euro fällig. Die CO₂-Zertifikate verteuern die Erzeugung von Kohlestrom um 7 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Sie sind der wesentliche Preistreiber für die Stromversorgung in der BRD geworden.

Das Gebot der Stunde ist jedoch, den Bürgern bezahlbare Energie zu liefern. Die Weltmarktkosten können von der BRD kaum beeinflusst werden. Doch die hohen Kosten durch die Energiewende können abgebaut werden. Die Reduzierung und sogar die Abschaffung der EEG-Abgabe werden als ein Schritt in diese Richtung von Politikern und Medien gefeiert. Doch das ist eine Milchmädchenrechnung.

Sittenwidrige Umverteilung

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist das "Grundgesetz" der Energiewende. Es bestimmt, dass die Erzeuger von Windstrom, Solarstrom und Biogasstrom 20 Jahre lang eine feste Vergütung für ihren Strom erhalten, der die Kosten bei einer sicheren Rendite deckt. Den Strom können sie bevorzugt in das Netz einspeisen. Ist das wegen Netzüberlastung unmöglich, erhalten sie eine Ausfallvergütung.

Der "erneuerbare" Strom wird über die Strombörse verkauft. Sein Wert liegt wegen der wetterabhängigen starken Schwankungen weit unter den Einspeisevergütungen und auch unter den Erzeugungskosten der konventionellen Kraftwerke. Die Differenz zwischen der Einspeisevergütung und dem Verkaufswert musste bisher von den Stromkunden als EEG-Umlage bezahlt werden.

Die Umlage soll so bald wie möglich wegfallen, um den Strompreis zu senken. Doch das Vergütungssystem bleibt. Die jährlichen Kosten von 25 Milliarden Euro (300 Euro/Einwohner) sollen nun aus dem Steueraufkommen bezahlt werden. Das bedeutet höhere Steuern. Das Gesetz dazu wurde bereits erlassen. Es sind die Abgaben auf Brenn- und Treibstoffe. Die Entlastung der Familien durch Streichung der EEG-Abgabe ist eine Täuschung der Verbraucher. Die Stromrechnung wird sich zwar verringern, gleichzeitig steigen aber die Kosten für Brenn- und Treibstoffe.

Falsche Versprechungen

Eine nachhaltige Minderung der Energiekosten ist nur mit Streichung des EEG und der vielen ergänzenden Gesetze und Verordnungen möglich. Die Energiewende hat den Strompreis um 15 ct/kWh in die Höhe getrieben und damit der BRD weltweit die höchsten Strompreise beschert. Jede zusätzliche Windanlage, Solaranlage oder Biogasanlage erhöht den Strompreis. Dies ist die Erfahrung der letzten 20 Jahre, in denen Politiker immer wieder versprochen haben, mit dem Ausbau der regenerativen Stromerzeugung sinke der Strompreis. Eine Parallele dazu sind die Corona-Versprechen. Als Gespritzter sollte man wieder alle Freiheitsrechte zurückerlangen. Doch bis jetzt ist man auch als Gespritzter und Gebooster von Quarantäne bedroht.

Seit 1990 Schrecken ohne Ende

Die Energiewende muss beendet werden! Die Bundesregierung und die Landesregierungen müssen mutig ihren Irrtum zugeben, man könne die BRD mit der Energie von Wind, Sonne und Biomasse sicher und preiswert versorgen. Kohle, Erdgas und Erdöl sind Energieträger für eine sichere und preiswerte Versorgung mit Strom, Wärme und Treibstoffen. Strom aus Wasserkraft kann nur wenige Prozent beitragen. Diese bewährten Energiequellen gilt es zu nutzen. Bis diese versiegen sollten, vergehen noch Jahrhunderte. Vor allem Braunkohlekraftwerke müssen erhalten und ausgebaut werden, um die heimische Braunkohle zu nutzen. Sonst ist die BRD vollständig auf Exporte von Brennstoffen angewiesen.

Der Ausbau der Kohlekraftwerke sollte zu einem besseren Wirkungsgrad führen. Es können noch 10 bis 15 Prozent der Brennstoffe bei gleicher Stromproduktion eingespart werden. Weiter muss die BRD die Importe von Energieträgern erweitern, falls solche preisgünstiger angeboten werden. Russland liefert deutlich über 50 Prozent des Erdgases und rund 25 Prozent der Steinkohle und des Erdöls. Anders als die USA erweist sich die Russische Föderation als preiswert, zuverlässig und vertrauenswürdig.

Falschmeldungen

Doch Politiker wie der Landesumweltminister Lies wollen unbedingt die Energiewende durchsetzen. Dazu zitieren sie falsche Zahlen, die, von den Leitmedien verbreitet, für technische Laien glaubwürdig erscheinen. So behauptet Lies: "Die Windenergie ist ein Garant dafür, dass für 5 Cent pro Kilowattstunde Energie erzeugt wird. Bei der Kernenergie liegt sie dagegen bei mindestens 14 Cent - Folgekosten für die Entsorgung der Brennelemente kommen noch hinzu."

Herr Lies sollte darauf hinwirken, die Einspeisevergütung auf 5 ct/kWh zu reduzieren und das Einspeiseprivileg zu streichen. Dann gäbe es für Windstromanlagen keinen Investor mehr und die Strompreise würden fallen. Bei einem Besuch im Kernkraftwerk Unterweser kurz vor der Zwangsabschaltung wurde glaubhaft dargelegt, die Produktionskosten lägen bei 3 ct/kWh. Hier werden für den politisch unerwünschten Atomstrom viel zu hohe Kosten genannt, die nur bei einigen Neubauten vorliegen, weil neue Auflagen während der Bauzeit zu erheblichen Kostensteigerungen führten.

Geplanter Strommangel

Wenn die Energiewende weiterverfolgt wird mit dem Ziel, Strom auch zum Heizen mit Wärmepumpen und als Antrieb für Autos, Lastwagen, Eisenbahnen, Flugzeugen und Schiffen einzusetzen, wird ein Vielfaches an Strom benötigt. Ob der Bau neuer Gas-Kraftwerke gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden kann, ist fraglich. Auch die Frage, woher die großen Gasmengen für den Betrieb der Kraftwerke kommen soll, ist offen. Den Strom aus Windanlagen, Solaranlagen und Biogasanlagen zu generieren, erweist sich als Utopie.

Vielmehr entsteht ein wachsender Strommangel, der mit bereits geplanten Stromabschaltungen von größeren Gebieten für 30 bis 60 Minuten aufgefangen werden soll. Mit dem Strommangel und dem weiteren Ausbau der wetterabhängigen Fakepower (Strom aus Wind, Sonne und Biomasse) wächst auch das Risiko für einen flächendeckenden Stromausfall. Dann gibt es kein kurzzeitiges gemütliches Zusammensitzen bei traurem Kerzenschein, sondern ein Chaos mit vielen Kältetoten und Hungertoten, denn ein zusammengebrochenes Stromnetz wieder funktionsfähig zu machen, dauert Tage und Wochen.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-stove-fogao-a-lenha
[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Energiewende absurd? Staatliche Förderung für Gaskraftwerke
| Kontrovers | BR Fernsehen | BR24

30. Januar 2019 | BR24

Im bayerischen Irsching stehen zwei hochmoderne Gaskraftwerke: Sie sind für die Betreiber unrentabel, weil subventionierter Ökostrom preisgünstiger ist. Jetzt soll ausgerechnet mit staatlicher Förderung ein drittes Gaskraftwerk gebaut werden. Tatsächlich notwendig? Oder Absurdität der BRD-Energiewende?

Autor: Christian Stücken

<https://www.youtube.com/watch?v=qqAn1V4laqc>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaire ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaire statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

